

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947**

610 (25.9.1947)

DONNERSTAG 25. SEPTEMBER 1947 3. Jahrgang Nr. 610 30 Pf.

Nouvelles de France NACHRICHTENBLATT

DIREKTION REDAKTION ADMINISTRATION Marktplatz 4 KONSTANZ ANZEIGEN: Agence Havas Konstanz 3 KONSTANZ und Nebensitze

Gehälter und Preise in Frankreich

Von Charles VAILLON, von der C.G.T.

EINE Verfügung des französischen Arbeitsministers vom 21. August brachte eine vorläufige Lösung des Problems der Gehälter, als Folge der zwischen der Allgemeinen Arbeitergewerkschaft (C.G.T.) und dem nationalen Rat der französischen Arbeiter (C.N.P.F.) stattgefundenen Einigung.

Kann man mit Bestimmtheit sagen, daß nun beide Parteien befriedigt wurden? Nicht unbedingt. Obwohl es scheint, daß die Regierung sich so weit wie möglich an das im Palais-Royal unterzeichnete Abkommen hielt.

Diese Vereinbarung wurde in einem ganz neuen Geiste erfüllt. Sie waren das Ergebnis langer und peinlich genauer Debatten zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Während letztes Jahr die Wirtschaftskonferenz für Lohn- und Preisfragen auf Betreiben und unter den Auspizien der Regierung stattfand, wickelte sie sich diesmal unabhängig von ihr ab. Nicht, daß die Regierung in Unkenntnis dieser Besprechungen gehalten wurde, aber sie nahm nicht daran teil.

Es muß anerkannt werden, daß diese unmittelbaren Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu einer recht erfreulichen sozialen Entspannung führten, die, wie wir stark hoffen können, Zeit behalten wird. Der sichere Wunsch beider Parteien, zu einer Einigung zu gelangen, ermöglichte eine solche Annäherung, wie auch die Tatsache, daß die Regierung — entgegen ihrer bisherigen Politik einer strikten Lenkung — es den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen überließ, über das Thema, der von den Arbeitern vor einigen Monaten geforderten Produktionsprämien, zu diskutieren.

All diese Tatsachen erleichterten und beschleunigten die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen; trotzdem behält sich die Regierung nach wie vor das alleinige Recht vor, die Löhne endgültig festzusetzen und die Preise zu überlassen.

Man weiß, was sich das Abkommen des Palais-Royal zum Ziel setzte. Zuerst eine allgemeine Regelung der Löhne, die ein neues lebensnotwendiges Minimum von ungefähr 8.000 Fr. für Paris vorschau, das sich auf die gesamte Lohngestaltung auswirken sollte. Dann eine Reihe neuer Maßnahmen, die zu einer allgemeinen Revision der Preise führen sollten. Beide vertragschließenden Parteien stellten als besonderes vorrangig die beiden Schlüsselprobleme der Lebensmittelversorgung und des Kampfes gegen die Inflation hin. Zwei Bezüge zu diesem Abkommen schreiben die einzelnen Maßnahmen vor, die in dieser Richtung unternommen werden sollen.

Schließlich wurde eine Vermittlungskommission gegründet, die den Zweck haben soll, die Atmosphäre des sozialen Friedens aufrechtzuerhalten und die — nebenbei gesagt — zu ermöglichen soll, die beiden gegnerlichen Konflikte sofort beizulegen. So sehen also die Abkommen aus, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossen wurden.

Wir schreiben oben, daß die Regierung sich bemüht hatte, ihren Standpunkt voll mit den Beschlüssen der Konferenz in Einklang zu bringen. Die von der Regierung eingebrachten Konzepte — dies nach einer Ministererklärung, die ursprünglich auf einen Bruch schließen ließ, erfolgte hauptsächlich in zwei Punkten:

Erstens nahm die Regierung als Rechnungsbasis die effektiv am 1. Mai 1947 bezahlten Löhne an, statt der „legalen“, d. h. durch frühere Beschlüsse festgesetzten Löhne. Allen die selbstgegründeten Entscheidungen und die Auswahl für die Überstunden wurden aus dieser Rechnung ausgenommen.

Zweitens wurde der Höchstbetrag des Stundenlohnes von 63 auf 72 Franken heraufgesetzt. Auf diese Weise wurde der niedrigste Arbeitslohn um 22% erhöht und steigt so von 28 auf 47,50

(FORTSETZUNG SEITE 3)

LA TROISIEME ASSEMBLEE GENERALE DE L'O.N.U.

„La conférence des „Quatre“ à Londres sera celle de la dernière chance. Elle devra régler le problème allemand“

affirme M. BIDAULT

NEW-YORK. — M. Georges Bidault a reçu mardi soir la presse française dans son appartement de Waldorf Astoria.

Dépendant aux questions qui lui étaient posées sur le sujet de la conférence des « Quatre » qui doit se tenir à Londres en novembre, le ministre a souligné qu'aucun ordre du jour n'était encore fixé et il a ajouté: « Cette conférence pourrait, sera la conférence de la dernière chance ».

M. Bidault a précisé: « Il faut que la conférence de Londres règle le problème allemand », et, à propos du voyage de M. Kurt Schumacher aux Etats-Unis: « Les voyages des leaders allemands à travers le monde perdent la majeure partie de leur intérêt si le problème allemand n'est réglé dans son ensemble ».

En réponse aux rumeurs qui avaient couru voici quelque temps et selon lesquelles une réunion préparatoire des ministres des Affaires étrangères ou de leurs représentants se tiendrait à New-York, en marge de l'Assemblée générale de l'O.N.U., M. Bidault a répondu:

« L'éventualité d'une telle conférence n'est pas à envisager de manière positive, mais je ne suis opposé à aucune réunion ni même au fait d'en proposer, dans certains cas ».

ABSCHLUSS

DER ALLGEMEINEN DEBATTE DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG Die allgemeine Debatte der UNO-Vollversammlung endete am Dienstag, wie sie begonnen hatte, mit der Forderung auf Abschaffung des Vetorechts der Großmächte durch den Delegierten von Ecuador, der auch den amerikani-

Le nouveau cabinet hongrois de coalition est formé

BUDAPEST. — Le nouveau cabinet de coalition est formé. Dirigé par M. Lajos Dinnyes, il compte 5 communistes, 4 petits propriétaires, 4 social-démocrates, 4 membres du parti national-paysan. Il comprend notamment:

Premier ministre: Lajos Dinnyes; vice-présidents du Conseil: Rakosi (com.), Szakasits (social); Affaires étrangères: Erik Wolnar (com.); Intérieur: Laslo Rajk (com.); Justice: Riess (soc.); Ravitaillement: Arpad Zabo (petit propriétaire); Reconstruction: Darvas (parti national-paysan).

Ce cabinet prônera surtout un accord devant M. Zoltan Tildy, Président de la République.

DIE NEUE UNGARISCHE REGIERUNG

Die neue ungarische Regierung wurde am Dienstagabend gebildet. Sie besteht aus fünf Kommunisten, vier Angehörigen der Kleinen Landwirtpartei, vier Sozialisten und zwei Mitgliedern der Nationalen Bauernpartei. Die bisherige Regierungskoalition ist also trotz der Machtverschiebungen erhalten geblieben. Lajos Dinnyes bleibt auch im neuen Kabinett Ministerpräsident. Die Kabinettsliste umfasst:

Ministerpräsident: Lajos Dinnyes, Stellvertreter: Matthias Rakosi, (Kommunist), Arpad Szakasits (Sozialist), Außenminister: Erik Wolnar (Kommunist), Innenminister: Laslo Rajk (Kommunist), Verteidigung: Peter Veres (Nationalen Bauernpartei).

Das neue Kabinett wurde am Mittwoch vom Präsidenten der ungarischen Republik, Zoltan Tildy, vereidigt.

Eine dritte Strömung

(Von unserem Sonderberichterstatter in New York, Jean ALLERY)

DASS innerhalb der Vereinten Nationen noch eine dritte Strömung besteht, wurde durch die Rede Trygve Lie bestätigt. Zwischen dem slawischen und dem amerikanischen Block hatten Frankreich und Großbritannien eine Zwischenstellung eingenommen, indem sie sich auf die Notwendigkeit der Beibehaltung dieser Zwischengruppe hinwiesen, die möglicherweise berufen ist, eine höchst wichtige Rolle zu spielen. Denn ihr Bestreben ist, die Ausweitung der Spannung zwischen den beiden Polen der internationalen Politik in einem offenen Konflikt zu verhindern. Trygve Lie erinnerte an die durch Churchill, Roosevelt und Stalin eingegangenen Verpflichtungen und stellte erneut fest, daß die Verständigung zwischen den Großmächten unerlässlich bleibe.

(FORTSETZUNG SEITE 3)

Die Lage in Frankreich

Die amerikanische Hilfe

AUF der Tagesordnung der Beratungen des französischen Ministerrates am Dienstagvormittag stand vor allem der Ankaufplan für Getreide und Roggen 1947/48, ferner ein Exposé des Obersee-Ministers über die Lage in Indochina und auf Madagaskar und die Fertigstellung des Dekrets über Einschränkungen im Autoverkehr.

Die Möglichkeit, Auslandshilfe zu erlangen, hat die französische Regierung, wie politische Beobachter meinen, angeregt, mit den USA besondere Verhandlungen anzuknüpfen, die nun in Washington, wobei zwei Minister des Außenministeriums begleitet haben, und in Paris geführt werden. Es soll sich dabei darum handeln, in allerdrückster Zeit und außerhalb des allgemeinen Hilfsprogramms für Europa einen neuen Kredit zu erlangen, der nach Meinung der französischen Unterhändler im ganzen den Betrag von 700 Millionen Dollar erreichen soll und der teilweise zum Ankauf von Getreide und Kohle im Laufe des Winters verwendet werden sollen.

Unter den Garantien, welche die amerikanischen Unterhändler dafür fordern wollen, soll sich in erster Linie die finanzielle Gesundheit Frankreichs befinden, die als Vorbedingung für jeden neuen Zuschuss erachtet wird. Die plötzliche Beschleunigung der Arbeiten der Kommission zur Gesundung des Franc, die in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten arbeitet, stellt in dieser Hinsicht ein beachtliches Indiz dar.

Die Mehrzahl der ausländischen Persönlichkeiten, die an der Schlussitzung der Konferenz der 16 Nationen teilgenommen haben, hat Paris am Dienstag verlassen. Herr Alphonse, der Direktor für Wirtschaftsprüfung im Außenministerium wird sich am Freitag nach New York begeben.

von 700 Millionen Dollar erreichen soll und der teilweise zum Ankauf von Getreide und Kohle im Laufe des Winters verwendet werden sollen.

Unter den Garantien, welche die amerikanischen Unterhändler dafür fordern wollen, soll sich in erster Linie die finanzielle Gesundheit Frankreichs befinden, die als Vorbedingung für jeden neuen Zuschuss erachtet wird. Die plötzliche Beschleunigung der Arbeiten der Kommission zur Gesundung des Franc, die in Verbindung mit dem Ministerpräsidenten arbeitet, stellt in dieser Hinsicht ein beachtliches Indiz dar.

Die Mehrzahl der ausländischen Persönlichkeiten, die an der Schlussitzung der Konferenz der 16 Nationen teilgenommen haben, hat Paris am Dienstag verlassen. Herr Alphonse, der Direktor für Wirtschaftsprüfung im Außenministerium wird sich am Freitag nach New York begeben.

LE RAPPORT DES SEIZE DEVANT LE CONGRES

Les commissions chargées de s'occuper du plan Marshall devront avoir achevé les projets de lois dans six semaines

WASHINGTON. — L'activité des « Seize » à Paris est maintenant terminée et c'est vers les Etats-Unis que se porte l'attention. Les observateurs essaient de déceler les mouvements d'opinion pour ou contre la réunion prochaine du Congrès américain.

La première réaction officielle vient du secrétariat d'Etat américain aux Affaires étrangères qui a fait savoir que les commissions du Congrès chargées de s'occuper du plan Marshall devront avoir achevé les projets de lois dans six semaines. On peut donc en conclure que les commissions commenceront dès le début du mois de novembre à discuter le plan de reconstruction de l'Europe et le Congrès pourrait être convoqué pour la mi-novembre.

Mais les députés républicains ne semblent pas aussi pressés d'étudier la réalisation du plan Marshall. Ils font remarquer que plusieurs commissions du Congrès se trouvent actuellement en Europe et que leurs rapports ne seront prêts qu'à la fin de cette année. L'importance de l'initiative du secrétaire d'Etat américain aux Affaires étrangères nécessite, estiment ces députés républicains, d'être en possession de tous les éléments de la situation économique en Europe. Notons encore la déclaration du sénateur républicain Ferguson, qui a déclaré que l'aide nécessaire, évaluée par les « Seize » à 22 milliards de dollars, pouvait être considérablement réduite.

SONDERBERICHTUNG DES KONGRESSES MITTE NOVEMBER

Das amerikanische Außenministerium beabsichtigt, wie aus Kreisen des Ministeriums bekannt wurde, ein vollständiges Gesetzgebungsprojekt für die Durchführung des Marshall-Planes für Europa innerhalb von sechs Wochen einem Kongresskomitee zu überweisen. Dies würde bedeuten, daß am 1. November die Erörterungen des europäischen Wiederaufbauplanes durch Kongressausschüsse aufgenommen werden. Außerdem würde hierdurch voraussichtlich die Einberufung einer Sonder Sitzung des Kongresses etwa Mitte November erforderlich, die sich dann zuerst mit den Notwendigkeiten für Europa und anschließend mit der Erörterung eines auf lange Sicht gerichteten Wirtschaftsplanes befassen würde. (Die nächste planmäßige Sitzung des Kongresses findet erst am 3. Januar statt.) Bis Mitte November würden auch die Kongressausschüsse, die sich gegenwärtig zu Besichtigungsreisen in Europa befinden, wieder in Washington eingetroffen sein.

Der republikanische Senator von Michigan, Homer Ferguson, erklärte am Dienstag auf einer Pressekonferenz, die im Rahmen des Marshall-Planes aufgestellten Bedürfnisse könnten beträchtlich unter die vorgeschlagenen 22 Milliarden Dollar gebracht werden. Die amerikanische Hilfe sollte privaten Unternehmen, anstatt ausländischen Regierungen zur Verfügung gestellt werden. Die Hilfe der USA sollte in Form von Anleihen und nicht als Großkredit gehen und durch die amerikanische Export-Import-Bank durchgeführt werden. Dies würde eine gewisse Kontrolle garantieren.

Der Vizepräsident der Weltbank, Robert Garner, erklärte am Dienstag, die Weltbank sei in der Lage, als Beitrag zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas die im Pariser Bericht zum Marshall-Plan vorgesehenen 2,5 Milliarden Dollar für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Da die sog. öffentliche Aktivität der Bank sich jedoch nur auf annähernd 500 Millionen Dollar beläuft, müßte die Bank sich Mittel beschaffen, die die Ausgabe von eigenen Schuldverschreibungen auf dem amerikanischen Markt beschaffen. Ferner gab Garner bekannt, daß bisher kein Land einen Antrag auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des Marshall-Planes bei der Weltbank eingereicht habe, obwohl Vertreter der Bank während der Pariser Verhandlungen mit den Delegierten der einzelnen Nationen Besprechungen geführt hätten. Garner betonte besonders, daß die Mittel der Bank nicht Europa allein zur Verfügung gestellt werden könnten, sondern daß auch andere Länder berücksichtigt werden müßten.

Après l'exécution de Petkov

Grosse émotion en Grande-Bretagne et aux U.S.A.

WASHINGTON. — L'exécution de Nicolas Petkov a soulevé une grosse émotion aux Etats-Unis. Une note du département d'Etat accuse le gouvernement bulgare d'avoir cherché, par cet acte de « justice inéquivalente », à se débarrasser de toute opposition gênante et à consolider ainsi sa position. Impression très pénible également en Grande-Bretagne où l'on déclare qu'une des premières tâches de M. Bevin à son retour à Londres, sera de préparer la réponse britannique qu'il conviendrait au gouvernement vis-à-vis de ce qu'il considère comme une violation des principes du traité de paix, acceptés par la Bulgarie. Au reste, la position de la Grande-Bretagne a été déjà clairement définie dans les huit notes adressées à Sofia avant l'exécution de la sentence prononcée contre Petkov.

NACH DER HINRICHTUNG PETKOFFS

WASHINGTON. — Die Hinrichtung Petkoffs hat in den USA eine große Erregung hervorgerufen. Auch in Großbritannien ist der Eindruck sehr peinlich. Bevin wird als einer seiner ersten Aufgaben in einem Memorandum die Stellung festlegen, die London gegenüber der Verletzung eines der Prinzipien des Friedensvertrages durch die bulgarische Regierung einnehmen wird.

In Paris erklärte André Colin, Generalsekretär der MRP, daß diese Hinrichtung sehr tiefere alle die getroffen habe, die wie Petkoff in der Résistance einen totalitären Macht gekämpft hätten, die die Rechte und Freiheiten des Menschen und die Prinzipien der Demokratie mißachtet hatten.

50 Jahre Zionismus

IN diesen Tagen feiert in Basel die Zionistische Bewegung die Erinnerung an den ersten Zionistenkongress, der vom 29. bis 30. August 1897, also vor fünfzig Jahren, von Theodor Herzl hier einberufen worden war. Im Mittelpunkt der Jubiläumsschrift stand eine Rede des Prof. Dr. Chaim Weizmann, des ehemaligen Leiters der Jewish Agency. Er schilderte die Entwicklung der Bewegung während des nun verflissenen halben Jahrhunderts.

Die Feier hat zeitlich nicht nur mit der taglichen Erfahrung der „Kardus“-Flüchtlinge zusammen, die inzwischen in Hamburg gewissermaßen mit der Veröffentlichung des Berichtes des Palästina-Untersuchungsausschusses der UNO. Dieser Bericht schließt zwar die Teilung Palästinas vor, die von jüdischer wie von arabischer Seite gleich scharf abgelehnt wird, aber er enthält auch den Vorschlag der Schaffung eines selbständigen jüdischen Staates. Somit wird vor dem internationalen Weltforum zum erstenmal ernstlich der Plan erwogen, den Dr. Theodor Herzl in seiner Schrift „Der Judenstaat“ vor 50 Jahren vorgelegt hatte, und der am Beginn der zionistischen Bewegung stand. So könnte man in Basel gesagt werden, der Verlauf des ersten halben Jahrhunderts national-jüdischer Politik habe erwiesen, daß der Plan Herzls doch keine Utopia

war, wie vielfach, auch in jüdischen Kreisen, angenommen worden war. Rückblickend darf jedoch gefragt werden, ob der Weg, den Herzl durch sein Werk bestimmt hatte, wirklich richtig und klug gewählt war. Denn sein „Judenstaat“, der des romantischen Aufstiegs bildete, enthielt einen jüdischen Nationalismus, der sich zunächst auf keine politischen Realitäten stützen konnte. Der erwachende jüdische Nationalismus, der an Machtmitteln nur über die Bepöplerung der über die ganze Erde verstreuten Anhänger verfügte, mußte sofort Gegenkräfte auf den Plan rufen, die ganz andere Machtmittel in der Hand hatten. Nicht nur in Palästina und allen arabischen und mohammedanischen Ländern, auch weit darüber hinaus entwickelte sich der Antisemitismus, stellenweise sogar im liberalen England, wie sich heute zeigt.

Herzl selbst mußte den taktischen Fehler seines Starts gleich zu Beginn der Bewegung erfahren. Palästina war damals noch Teil des osmanischen Reiches, also des „kranken Mannes am Bosporus“, wie man das auch sagte. Obwohl diesen Partnern sicherlich begreuer war als Großbritanniens und obwohl die Weltlage damals viel weniger gespannt und kompliziert war als heute und die Dreyfus-Affäre gerade Sympathien für das Judentum ausgelöst hatte, scheiterten die Ver-

handlungen, die Herzl zur Schaffung eines autonomen jüdischen Provinz innerhalb des Osmanischen Reiches angestrengt hatte, weil der Plan des „Judenstaates“ als Schreckgespenst im Hintergrund stand. Einzigartig hatte Herzl, woran jetzt in Basel erinnert wurde, nach dem ersten Basler Kongress am 3. September 1897 in sein Tagebuch geschrieben: „Fasse ich den Basler Kongress in einem Wort zusammen, so ist es dieses Wort: Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das laut sagte, würde mit ein universelles Gelächter antworten.“

Der erste wirklich bedeutende Politiker und Diplomat der zionistischen Bewegung ist in der Tat nicht ihr Ideologe Herzl, sondern sein Nachfolger Chaim Weizmann, der begriffen hatte, daß sich eine politische Aktion auf Realitäten gründen muß. Weizmann dachte zuerst daran, nicht den Judenstaat aus dem Nichts zu proklamieren, sondern die Bewohner des zukünftigen Staates zu schaffen: Siedler, Bauern, Kolonisten, die Dörfer und Städte mit Schulen und Fabriken bauen sollten. Was in dieser Hinsicht von Juden in Palästina einschließlich der Stadt Tel-Aviv und der hebräischen Universität in Jerusalem im Laufe der vergangenen Jahrzehnte geschaffen wurde, ist weit imponierender und

(FORTSETZUNG SEITE 3)

Gehälter und Preise in Frankreich

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

Franken in der Stunde. Die Löhne zwischen 25 und 45 Franken werden in einem zwischen 47% und 117% schwankenden Verhältnis erhöht. Die Löhne zwischen 45 und 75 Franken wurden um 11% erhöht. Erst von diesem Betrag ab wurde die Lohnerhöhung auf den ständigen Betrag von 5 Franken pro Stunde festgesetzt.

Für die Akkordarbeiter wird die Anwendung der durch das Abkommen festgesetzten Lohnskala auf der Basis eines mittleren Verdienstes vom Monat Mai und für eine normale Arbeitsleistung für die Gesamtheit der Lohnempfänger der jeweiligen Berufsgruppe, die sie angeht, festgelegt. Eine Anwendung erfolgt auch auf die Arbeiter mit monatlichem Gehalt. Hier erfolgt sie durch Multiplizieren der Stundenlöhne mit der Anzahl der tatsächlichen monatlichen Arbeitsstunden.

Die Verfügung sieht außerdem vor, daß die Durchführung nicht zu einer Verminderung etwaiger Zuschläge, die vor dem 1. Juli 1947 bestanden, führen darf. Wenn wir schließlich noch auf einen wichtigen Punkt hin die Abschaffung der Verfügung vom 28. Juni 1947 betreffend die Ausschaltung von „Produktionspreisen“.

Es scheint, daß die Mehrzahl der Forderungen auf Kosten der höheren Angestellten durchgesetzt wurden. Man kann eine neuartige Anziehung der Gehälter feststellen.

Dies wurde auch in einer Vereinbarung des gemeinsamen Ausschusses der Gewerkschaften und höheren Angestellten zum Ausdruck gebracht, — die der C.G.T. angeschlossen sind — und von dem „Allgemeinen Zusammenbehalt der höheren Angestellten“, die sogar durch ihren Streik ihre Einstellung unterzeichnen wollten. Die französische Konföderation christlicher Arbeiter hat von seiner Erhöhung des Lohnniveaus auf 75 Franken Kenntnis genommen, fast jedoch keine sofortige Maßnahmen bezüglich einer Erhöhung der Gehälter um 11% ins Auge.

Die Arbeitsverwaltung zeigt sich gleichfalls mit der Auslösung der Löhne an die Gehälter nicht zufrieden.

Was die C.G.T. anbelangt, so äußert sie ihre Unzufriedenheit hauptsächlich in Bezug auf das Fehlen von Maßnahmen gegenüber den Preisen. Die Abmachung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — so erklären die Führer der Syndikate — bilden ein Ganzes; man kann nicht einen Teil, wie den der Preise, der ein Kardinalproblem bleibt, getrennt behandeln. Es wäre vergeblich, die Löhne neu regeln zu wollen, ohne gleichzeitig die industriellen Preise der so geschaffenen Situation anzupassen.

Wenn die beiden Gewerkschaften auch eine gewisse Anziehung einiger Preise an die allgemeine Lebenskostenerhöhung vorzuziehen, so empfehlen sie auch eine Herabsetzung gewisser anderer Preise; auf jeden Fall haben sie eine allgemeine und systematische Preisoberhöhung abgelehnt.

Es bleibt also der Regierung überlassen, in kürzester Zeit die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, andernfalls die kirchlichen Erhebungen nicht nur völlig nutzlos sind, sondern Frankreich noch schneller einem wirtschaftlichen Desaster entgegensteht.

Man erklärte hierzu in Regierungskreisen, daß ein diesbezügliches Dekret in Vorbereitung sei. Es bleibt zu hoffen, daß, wenn es nicht die endgültige Lösung dieses beängstigenden Problems bringt, es zumindest Maßnahmen anleitet, die die Erholung Frankreichs nur beschleunigen werden. C.V.

Novelles France

DIREKTION — REDAKTION
ADMINISTRATION — DRUCKEREI
Markstraße 4 — Kontakt 4, 2.
Fernsprecher: Kontakt 700

Abonnements in der
deutschen Zone
bei allen Postämtern

In der brit. u. amerik. Zone nur
im Straßenhandel erhältlich

P. JULIEN
Verwaltungsdirektor

ALMA - SCHNITTE

Das unverwundliche Zeichensystem für die Hausfrau. Jeder Schnitt ein Maßstück. Sie können damit alle Garne und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder u. Wäsche für den Herrn herstellen. Das nächste Angeboten. Gilt für 24 neueste Modelle mit über 500 Einzelheiten u. 40 Maßstäbe für alle Ober- u. Halbwäsche. Einzelne Anschaffung Preis RM 6,50 u. RM 1,- für Paris u. Nachschneide zu beziehen durch Alma - Made (144) Ludwigshafen 78. Postfach 143.

FABRIKATIONSBETRIEB, auch Zapfen- oder Abz.- stillgelegter Betrieb oder auch für Produktion geeignete Gebäude zu Leasen oder auch in Vorkaufweise zu pachten gesucht. Anstalt, Angsb. 2, P. 123 an Ass.-Exp. BOHN, Hamburg 13, Hasenpferd, 3.

AUSLAND

Großbritannien

Labour-Abgeordnete besuchen die Sowjetunion

LONDON, 24. Sept. — Acht Abgeordnete der britischen Labour-Party, u. a. einer der Leiter des linken Flügels der Partei, Kenny Zillman, haben sich zu einer nicht-offiziellen Besuchsreise in die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und die Sowjetunion begeben, um die dortigen Wirtschaftspläne zu studieren.

Die Gruppe wird sich insbesondere mit den Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und den jeweiligen Ländern befassen.

Die britischen Streitkräfte sollen weiter vergrößert werden

LONDON, 24. Sept. — Eine weitere Verringerung der britischen Streitkräfte, die gegenwärtig vom britischen Kabinett gemeinsam mit militärischen Stellen als Teil des britischen Wirtschaftsplanes erörtert wird, soll am 30. Oktober, nachdem das britische Parlament wieder zusammengetreten ist, von Premierminister Attlee bekanntgegeben werden.

Man nimmt jedoch an, daß weitere Personalreduzierungen in den britischen Streitkräften nicht vor Beginn des nächsten Jahres durchgeführt werden. Die Einschränkungen in den Streitkräften sollen jedoch die britische strategische Politik nicht beeinflussen.

Spanien

Unruhige Lage in Spanien

MADRID, 24. Sept. — Erneute Aufrücker der Guerilla-Tätigkeit zusammen mit einer vermutlichen organisierten Sabotage sind die neuesten Symptome der andauernden unruhigen Lage in Spanien, schreibt der Reuters-Korrespondent in Madrid. In der unwegsamen Gebirgsregion zwischen Valencia und Saragosa habe in letzter Zeit die rasche Tätigkeit der Guerillas bedeutend zugenommen; die spanischen Guerilla-Strikräfte werden von den Generälen der ehemaligen spanischen republikanischen Armee, Llober und Molas, von ihrem Hauptquartier in Toulouse aus befehligt. Mit automatischen Waffen ausgerüstete junge Spanier sind in kleineren Gruppen von Frankreich aus über die Pyrenäen in diese Gebirgsregion eingeschleust, wobei von ihnen Verstecken aus ihre Operationen unternehmen.

Sowjet-Union

Der sowjetische Vertreter für den Palästina-Sonderausschuß ernannt

NEW YORK, 24. Sept. — Die Sowjetunion wird, wie offiziell bekannt gegeben wurde, im Palästina-Ausschuß durch Semen K. Tsarapkin, Ministerialrat bei der sowjetischen Botschaft, in Washington vertreten sein. Andrej Wyssinski und Andrej Gromyko werden sich abwechselnd an den Sitzungen des politischen Ausschusses beteiligen.

Die schwedische Delegation beabsichtigt eine neue Resolution einzubringen, in der erwidert wird, daß alle Anträge für die Aufnahme in die UNO angenommen werden sollen.

Iran

Rechtmäßigkeit der Erdölverhandlungen werden vom persischen Parlament bestritten

TEHERAN, 24. Sept. Die Rechtmäßigkeit der vom persischen Premierminister Sultaneh geführten Erdölverhandlungen wurde im persischen Parlament angezweifelt. Premierminister Sultaneh hatte im vergangenen Jahre ein sechsjähriges Abkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen, welches die Bildung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Ausbeutung der nordpersischen Erdölgebiete vorsieht. Abdul Fateher, ein Abgeordneter der Opposition, erklärte, Premierminister Sultaneh repräsentiere nicht das Volk und habe deshalb keine Vollmacht, Abkommen im Namen des Volkes abzuschließen. Hussein Fateher, ein Mitglied der unabhängigen Opposition, forderte eine Überprüfung der bereits bestehenden Erdölkonventionen im Besitz ausländischer Gesellschaften.

DEUTSCHLAND

Französische Zone

Einflussnahme der Besatzungsmächte in Baden

BADEN-BADEN, 24. Sept. — Die in Baden errichteten Einflusssitzungen sind jetzt besetzt worden. Die Besatzungslisten werden amtlich veröffentlicht. Die Kammer I ist zuständig für alle Beamten des öffentlichen Dienstes und für die Angehörigen der freien Berufe, die Kammer II für die Angehörigen des Handels, des Handwerks und der Industrie, und die Kammer III für die Angehörigen der Landwirtschaft tätigen Personen.

Alle bisher noch nicht entnazifizierten Personen, gleichgültig ob sie Mitglieder der NSDAP waren oder nicht, müssen jetzt bei den für sie zuständigen Einflussnahme-Kammern die ausgefüllten politischen Fragebogen einreichen. Es ist beabsichtigt, die in den politischen Untersuchungsausschüssen bisher vorbereiteten Verfahren so rasch als möglich in den zuständigen Kammern zum Abschluss zu bringen.

Briefmarkenhändler verurteilt

ÜBERLINGEN, 24. Sept. Ein Militärgericht verurteilte einen 44jährigen Briefmarkenhändler zu zwei Monaten Gefängnis und 5.000 RM Geldstrafe, weil er trotz des bestehenden Verbots Hitler-Briefmarken im Werte von 6.000 RM verkauft hatte.

Gerhart Hauptmann Witwe in Tübingen

TÜBINGEN, 24. Sept. — Frau Margarete Hauptmann, die Witwe des Dichters Gerhart Hauptmann, wohnt der Erbschaftsverwaltung der „Ratten“ im Städtischen Schauspielhaus in Tübingen bei. In einem Gespräch erklärte sie, daß sich in dem sehr wertvollen untergezeichneten Manuskript-Nachlaß ihres verstorbenen Gatten noch sehr viel verwertbares Material befinde.

Kurzmeldungen aus aller Welt

- PARIS. — Der Premierminister der spanischen Exilregierung Alvarez de Albornoz reiste von der französischen Hauptstadt nach New York ab, um als Beobachter der spanischen Exilregierung an der UNO-Vollversammlung teilzunehmen.
- BRUSSEL. — Der belgische Botschafter in Moskau, M. Legat, wird in Kürze durch den bisherigen Leiter des belgischen Ministeriums für Außenbeziehungen, Louis Galla, abgelöst werden, wie zu verlässlichen belgischen Quellen am Donnerstag mitteilte.
- KONSTANZ. — Der Wasserpegel des Bodensees ist in etwa einem Meter unter dem Normalstand des vergangenen Jahres gesunken und weist einen Tiefstand auf, wie es seit 25 Jahren nicht mehr verzeichnet worden ist.
- FREIBURG. — Die Sitzungen des badischen Landtages sind wegen Raummangel von dem Colonienschloß nach dem Hotel „Europäischer Hof“ verlegt worden.
- FRANKFURT. — Die amerikanische Zeitschrift „Privateer“ wird vom 26. September an nach und nach aufgelegt werden.

Die UNO.-Vollversammlung

Eine dritte Strömung

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

um das Weiterbestehen der internationalen Organisation zu ermöglichen. Trygve Lie ging auf die Frage des Vetorechtes der Großmächte nicht näher ein, aber er betonte, daß er jede Revision des derzeitigen Systems der UNO ablehne.

Die Rede des Generalsekretärs bildete den Abschluß des ersten Teiles der UNO-Debatten. Die Vollversammlung ging nach dieser Rede sofort zur Annahme der Tagesordnung über, die der Hauptausschuß der Vollversammlung vorbereitet hatte. Die Eintragung in die Tagesordnung, die 61 Angelegenheiten enthält, erfolgte nach Abstimmung der Mitglieder des Hauptausschusses. Dabei gab die Abstimmung bereits Hinweise auf die Haltung der Delegationen zu den verschiedenen Problemen. Die gleichen Widerstände werden selbstverständlich in der Vollversammlung auftreten.

Drei Fragen waren Gegenstand interessanter Interventionen: das Palästina-Problem, die Korea-Frage und die Revision des italienischen Friedensvertrages. Es handelte sich für die Redner nicht darum, den Standpunkt ihres Landes zu den Problemen an sich darzulegen, sondern darum, ihre Ansicht über die Zuständigkeit der Vollversammlung zu äußern. Tatsächlich stellt die Festlegung der Zuständigkeitsfrage ein ziemlich heikles Problem dar, und Präsident Arafat sah sich zusehens zu erinnern, daß Prozedurfragen nicht mit den Problemen an sich verwechselt werden dürfen.



ROMI
KONTAKT
ALISH

Abschluß der allgemeinen Debatte

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

Meinungsverchiedenheiten zu überwinden. Das Veto bezeichnete Lie als ein Symptom, jedoch nicht als den eigentlichen Grund der Konflikte zwischen Ost und West.

„Ich glaube nicht“, sagte Lie abschließend, „daß es irgend eine Regierung in der Welt gibt, die nicht den Wunsch hat, einen neuen Krieg zu verhindern. Die größte Schwierigkeit liegt in der Tatsache, daß sich die Großmächte gegenseitig verdächtigen, Furcht erzeugt zu haben, die sie zu unversöhnlichen Nationen, sondern auch verschiedene Arten von Zivilisationen, Ideen und Interessen in der Welt gibt.“

Die Versammlung hat begonnen, durch ihr Büro die Tagesordnung festzusetzen. Sie beschloß die Bildung eines Sonderkomitees zum Studium der palästinaischen Frage. Auf der Tagesordnung wurden eingeschrieben das griechische Problem; die Frage der Unabhängigkeit Koreas; die Revision des italienischen Friedensvertrages.

PRESSEKONFERENZ MIT BIDAUIT

Vor Vertretern der französischen Presse in New York beantwortete der französische Außenminister Fragen, die ihm über die für November in London angesetzte Konferenz der vier Außenminister gestellt wurden. Bidault betonte, daß noch keine Tagesordnung festgelegt sei. „Diese Konferenz wird jedoch die Konferenz der letzten Chance sein.“

Über die Reise des Leiters der deutschen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, in die Vereinigten Staaten, sagte Bidault: „Die Reisen der deutschen Politiker würden einen guten Teil ihres Interesses verlieren, wenn das deutsche Problem als Ganzes geregelt wäre.“

Bidault streifte dann alle Probleme, die zur Zeit in der UNO-Vollversammlung zur Debatte stehen. Zur Palästina-Frage sagte er, Frankreich habe keinen konkreten Vorschlag zu machen. Das amerikanische Projekt zur Schaffung einer vorläufigen Kommission, die eine Art „reduzierter Vollversammlung“ darzustellen würde, stelle neue juristische Probleme.

Das Ausland schreibt:

GROSSBRITANNIEN

DER BERICHT DER „TIMES“

Die „Times“ kommentiert den Marshall unterzeichneten Bericht der UNO wie folgt:

„Die Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat ihren Arbeit in Paris beendet. Die 28 bei der Konferenz vertretenen Staaten haben in einem Bericht zusammengefaßt, auf welche Weise die von Herrn Marshall vorgeschlagene Europahilfe in die Tat umgesetzt werden könnte. Dem Bericht zufolge ist es dem Ausschuss gelungen, einen konkreten Plan für die europäische Erzeugung anzufertigen, der sowohl die jeden der beteiligten Länder zur Verfügung stehende Kapazitäten, als auch die Bedürfnisse jedes einzelnen in Rechnung zieht.“

Selbstverständlich ist auch eine großzügige finanzielle Unterstützung in Erwägung gezogen. Europa ist durch die Krieges- und Nachkriegsjahre schwer erschüttert worden. Wenn es seinen Wohlstand wiederfinden, sein starkes Produktionsniveau wiederherstellen will, bedarf es ungeheurer Summen zur Finanzierung seiner industriellen Einrichtungen und zur Bildung der notwendigen Rohstoffreserven. Die nötigen Kapitalien können nur beschafft werden, wenn eine große, aus dem Krieg unverletzt hervorgegangene Nation durch oder indirekt die größten Teil davon zur Verfügung stellt.

Die dringendsten Bedürfnisse Europas sind zweierlei Art. Die Staaten brauchen in erster Linie normal ausgeglichene Budgets und stabile Währungen; beide sind unerlässlich, wenn sie autonomen wirtschaftlichen Einrichtungen und keine Unterstützung von außen.

Weiter braucht Europa Kapitalien zur Wiederherstellung und Modernisierung seiner Industrie und zur Beibehaltung der zur Erhaltung seiner Produktion notwendigen Schuldenlasten.

Der Plan sieht ein umfassendes Programm vor, das durch allmähliche Steigerung zu einer bedeutenden Produktionssteigerung führen soll. Es läßt aber weitere Wege auf den grundlegenden Industrien jedes Landes und dürfte, falls es zur Ausführung gelangt, die Produktion mindestens um den Stand von 1928 erhöhen.

Es bedarf keiner besonderen Hinweise, daß ein so hochambitioniertes Programm die europäischen Möglichkeiten bei weitem übersteigt. Von seiner Ausführung kann nur die Rede sein, wenn die Vereinigten Staaten einen Großteil der erforderlichen Ausgaben auf ihr Konto übernehmen werden. Die 18 beteiligten Länder haben bereits dem Bericht entgegen, daß sie ihre Aufgabe klar erkennen, daß sie den Markt haben, die ihnen anstehende Verantwortung zu übernehmen und daß sie fähig sind, ihre Wirtschaften hinter das Interesse der Allgemeinheit zu stellen.

Es muß anerkannt werden, daß manche unter ihnen, an insbesondere Großbritannien, aus ihrem Willen große Opfer auf sich genommen haben, indem sie sich bereit schrieben, einen großen Teil ihrer Produktion zur Verfügung der europäischen Wirtschaft zu stellen. Ein solches Verbleib ist alles Lobes wert.

Erwähnenswert ist ebenfalls der unerschütterliche Gemeinschaftsgeist, der aus diesem Bericht spricht und der aus besonders in der hochschwierigen gemeinsamen Ausarbeitung neuer elektrischer Stromwerke in Erscheinung tritt.

Damit werden die während der verschiedenen Phasen seiner Ausarbeitung erhobenen Kritiken beseitigt. Der Plan ist nicht unüberwindlich, er ist nicht politisch, er stellt nicht einfach eine Einkaufsliste vor. Er spricht nicht von einem Ausschuß dieses oder jenes Landes, er beachtet nicht die rein wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder, sondern er ist ein Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung der europäischen Nationen.

Die REDE MAC NEILL

Im Anschluß kommentiert die „Times“ die von dem britischen Minister Mac Neill gehaltenen Rede, deren ungewöhnliche Offenheit sie hervorhebt:

„Man darf den Grund für internationalen Schwierigkeiten nicht in einem Konstruktionsfehler der UNO suchen und wird sie nicht durch eine Umgestaltung dieser Organisation aus dem Wege räumen. Das allgemeine Übereinkommen kommt vielmehr von einem Mangel an Vertrauen und ein Einigkeit zwischen den großen Nationen.“

Britische Zone

Britische Besatzungspolitik ändert sich nicht

BERLIN, 23. Sept. — Mit einer Änderung der britischen Besatzungspolitik infolge des Wechsels des Oberkommandierenden, ist nach Ansicht von britischen Beamten in Berlin keinesfalls zu rechnen.

Zum vermutlichen Nachfolger des bisherigen stellvertretenden Oberbefehlshabers General Sir Brian Robertson, der am 1. November den Posten des Oberbefehlshabers der britischen Besatzungstruppen in Deutschland übernehmen wird, erwartet man in Kreisen der Kontrollkommission die Berufung von Generalmajor C. D. Brownjohn, dem jetzigen Chef der politischen Abteilung in der britischen Kontrollkommission für Deutschland.

Die britische Kontrollkommission zu bevorstehenden Demonstrationen

BERLIN, 24. Sept. — Die Durchführung der geplanten Demonstrationen in Deutschland ist die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus nehmen, heißt es im April-Monatsbericht der britischen Kontrollkommission. Es sei jedoch unvermeidlich, daß der Abbau verschiedener industrieller Anlagen örtliche Notlagen verursachen und Einschränkungen hervorrufen werde.

Seit Beendigung des Krieges seien über zwei Jahre vergangen und die ungeheuren Zerstörungen, die der Krieg in den einzelnen Ländern angerichtet habe, wären von vielen bereits vergessen worden, doch sei es nur gerecht, daß Deutschland bei den Ländern Reparationen zahle, deren Fabriken zerstört und deren Wirtschaft ruiniert habe. Die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg haben gelehrt, so heißt es in dem Monatsbericht weiter, daß Reparationsleistungen in Form von Entschädigungsgeldern nicht nur großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen, sondern auch für die Wirtschaft der geschädigten Länder nur von geringem Nutzen sind. Die Demonstration von Fabrikanlagen stelle deshalb eine zweckmäßige Art der Wiedergutmachung dar.

Amerikanische Zone

Stimpfenfrage ist Minderheitsfrage

STUTTGART, 24. Sept. — Die hiesige Spruchkammer teilte den früheren Kultusminister von Württemberg-Baden, Wilhelm Stimpfen, in die Gruppe der Minderheitsfragen mit zwei Jahren Bewährungsfrist mit.

Der öffentliche Kläger Erwin Stumpff hatte in der Spruchkammerverhandlung gegen Stimpfen die Einreihung in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragt, da der Betroffene im Jahre 1933 Präsident der Reichstagsfraktion der NSDAP wurde und für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte.

Erste Sitzung des bayerischen Verfassungsgerichtshofes

MÜNCHEN, 24. Sept. — Die erste Sitzung des bayerischen Verfassungsgerichtshofes wurde im Münchener Justizpalast mit der Verhandlung gegen August Hausleiter und Prof. Dr. Hermann Strahlmann, deren Mandate als CSU-Abgeordnete durch den bayerischen Landtag als ruhend erklärt worden waren, in Anwesenheit des Direktors der amerikanischen Militärregierung für Bayern, General Müller, des Ministerpräsidenten Dr. Ehard und des stellv. Ministerpräsidenten Dr. Müller feierlich eröffnet.

Sowjetische Zone

Desorientierte Schienen werden nach Jugoslawien geliefert

BERLIN, 24. Sept. — Nicht alle in der Sowjetzone demontierten 1200 km Eisenbahnschienen werden nach der Sowjetzone abgefahren, schreibt die Berliner Zeitung „Telegraf“, sondern ein Teil davon soll an Jugoslawien zum Wiederaufbau des dortigen Eisenbahnnetzes geliefert werden.

Die ersten Eisenbahnzüge mit Schienen und Schwellen seien bereits abgefahren worden und hätten in den Bezirken Magdeburg und Greifswald wiederholte Störungen bei der Abwicklung des nunmehr auf ein dünnes Netz angewiesenen Verkehrs verursacht.

Berlin

SED fordert Auflösung der Bizone

BERLIN, 24. Sept. — Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, kündigte auf dem SED-Parteikongreß eine Forderung der SED an den Kapitalrat an, in der die sofortige Einstellung aller bilateralen Abmachungen, die Aufhebung der Zonenengrenzen und eine Volksabstimmung über die Frage des Einheitsstaates gefordert wird.

Die SED bittet darin weiter u. a. um die sofortige Eröffnung von Zentralverwaltungen zur Vorbereitung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, sowie um die Ausföhrung des Moskauer Beschlusses über die Rückführung aller deutschen Kriegsgefangenen bis spätestens 31. Dezember 1948.

